

lic.iur. Joe Keel

Rechtsanwalt

geb. 2. März 1960, wohnhaft in St.Gallen

Berufliche Stationen und Tätigkeiten

- 1984 – 1986: Tätigkeiten bei der Staatsanwaltschaft St.Gallen (zeitweise als ausserordentlicher Untersuchungsrichter) und beim Bezirksgericht Altotgenburg-Wil
- 1986 – 1991: Jurist im Rechtsdienst des damaligen Justiz- und Polizeidepartements (heute Sicherheits- und Justizdepartement)
- 1991 – 2007: Leiter Straf- und Massnahmenvollzug des Kantons St.Gallen; daneben Betreuung der kantonalen Gesetzgebungsarbeiten im Bereich des Strafrechts; Projektleiter des Grossprojekts Reorganisation der Organe der Rechtspflege (REDOR) in den Jahren 1999/2000
- 2008 – 06.2018: Leiter des neu gegründeten Amtes für Justizvollzug mit dem Straf- und Massnahmenvollzug (Einweisungs- und Vollzugsbehörde), der Strafanstalt Saxerriet, dem Massnahmenzentrum Bitzi, dem Jugendheim Platanenhof, dem Regionalgefängnis Altstätten sowie der Bewährungshilfe; daneben weiterhin Betreuung der kantonalen Gesetzgebungsarbeiten im Bereich des Strafrechts
- 2002 – 06.2018: nebenamtlicher Co-Sekretär des Ostschweizer Strafvollzugskonkordats (zusammen mit dem Hauptsekretär Florian Funk, Zürich)
- Seit 07.2018: hauptamtlicher Sekretär des Ostschweizer Strafvollzugskonkordats (mit einem BG von 80%)

Seit vielen Jahren Lehrtätigkeiten und Gastvorträge zum Straf- und Massnahmenvollzug an verschiedenen Bildungsinstitutionen (z.B. Schweizerisches Kompetenzzentrum für Justizvollzug [früher: Schweiz. Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal], IOT/Uni Zürich, Uni St.Gallen, zhaw, FHS St.Gallen) sowie Mitarbeit in kantonsübergreifenden Expertenkommissionen/Arbeitsgruppen (z.B. Bundesamt für Justiz: AG Verwahrung, AG zur Umsetzung der Motion "Einheitliche Bestimmungen zum Strafvollzug bei gefährlichen Straftätern").

Parteizugehörigkeit

Mitglied der CVP

1989 – 1998: Mitglied des Stadtparlaments von St.Gallen, davon 7 Jahre Fraktionschef, 1 Jahr Präsident der Baukommission;

2000: erfolglose Kandidatur als Stadtrat von St.Gallen;

seit Jahren keine aktiven Parteifunktionen mehr